

Juni 2020

Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko

CORONA

blog

Análisis semanal

MÉXICO

Monatsrückblick Juni 2020

Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier

Der „Corona Blog“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko erscheint in spanischer Fassung in wöchentlicher Auflage. Die Originalbeiträge werden von Natalia Arriaga, Patricio Garza, Jatziry Herrera, Ilse Reyes, Luis Téllez und Eduardo Walsh verfasst und analysieren die Ereignisse im Kontext der COVID-19-Pandemie in Mexiko. Sie finden den wöchentlichen Blog mit allen Quellenangaben hier: <https://www.kas.de/es/web/mexiko/statische-inhalte-detail/-/content/blog-kas>. Im Folgenden lesen Sie die monatliche Zusammenfassung in deutscher Sprache.

Überblick

	Bestätigte Fälle	Aktive Fälle	Todesfälle
1. Juni 2020	93.435	16.303	10.167
30. Juni 2020	226.089	23.782	27.769

Seit dem 1. Juni befindet sich Mexiko in der „Neuen Normalität“ – trotz steigender Fallzahlen, denn sowohl die gemeldeten Coronafälle als auch die Todesfälle haben sich im Juni mehr als verdoppelt. Mehrere Gouverneure berichteten zudem, dass in ihren Bundesstaaten die Lockerungen zu einem Anstieg der Fallzahlen geführt hätten. Mexiko befand sich Ende Juni 2020 auf Platz 11 der Länder mit den meisten bestätigten Fällen und auf Platz 6 der Länder mit den meisten Toten.

Die Kommunikationsstrategie der Regierung war weiterhin inkonsistent. Einerseits wurde zur Aufrechterhaltung der Sicherheitsmaßnahmen aufgerufen, andererseits reiste Präsident Andrés Manuel López Obrador (AMLO) selbst wieder durch das Land – wie gehabt ohne Schutzmaske. Auch war immer wieder von einer zweiten Welle („rebrote“) die Rede, dabei stiegen die Zahlen kontinuierlich weiter an. Der Krisenmanager der Regierung, Hugo López-

Gatell, Staatssekretär im Gesundheitsministerium, kündigte an, dass die Krise in Mexiko noch bis Oktober anhalten könne. Er hielt auch daran fest, dass nur Verdachtsfälle mit Symptomen getestet werden. Angesichts der vielen asymptomatischen Fälle ist dies ein großes Risiko und verzerrt die Statistiken in Mexiko erheblich.

In dieser „Neuen Normalität“ können die Staaten nach einem Ampelsystem die Aktivität der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens wieder langsam hochfahren, sobald die Fallzahlen sinken und die Krankenhäuser weniger ausgelastet sind. Ende Juni befanden sich 18 von 32 Bundesstaaten in der orangenen Phase, was schrittweise Öffnungen erlaubte. Allerdings wurde dies von vielen Mexikanern sehr freizügig interpretiert, die Mobilität hat deutlich zugenommen. Dies dürfte wiederum zu den weiter steigenden Fallzahlen beitragen.

Kommunikation

In der politischen Kommunikation kam es des Öfteren zu Unstimmigkeiten zwischen dem, was López-Gatell sagte, und dem, was der Präsident tat. So sah sich der Staatssekretär mehrfach gezwungen seine Aussagen und Empfehlungen anzupassen, zum Beispiel im Falle der Reisen des Präsidenten im Südosten des Landes bereits Anfang Juni.

Sowohl López-Gatell als auch AMLO verwiesen auf die Gefahr einer zweiten Welle und kündigten an, dass in diesem Falle wieder freiwillige Notfallmaßnahmen eingeleitet werden würden. Gleichzeitig betonten beide immer wieder, man habe die Krise schon früh vorausgesehen und die Kapazitäten der Krankenhäuser rechtzeitig ausgeweitet. Beide Aussagen stehen im Gegensatz zu den nach wie vor steigenden Fallzahlen. Im Juni hörte López-Gatell auch auf den Höhepunkt der Krise vorauszusagen, welchen er zuvor im Wochentakt aktualisiert hatte. Die Krisenkommunikation ist offensichtlich so verwirrend, dass sogar die Weltgesundheitsorganisation dazu aufrief, doch bitte „kohärente Nachrichten“ zum Thema zu verbreiten.

Auch wenn inzwischen mehrere politische Funktionsträger, zum Beispiel der Finanzminister, Arturo Herrera, der Staatssekretär im Innenministerium, Rabindranath Salazar, und auch der Gouverneur von Tamaulipas, Francisco Cabeza de Vaca, mit denen AMLO teilweise noch im Juni in Kontakt war, positiv auf COVID-19 getestet wurden, weigert sich der Präsident nach wie vor, sich testen zu lassen. Der Präsident empfahl auch dem Virus „ohne Angst“ gegenüberzutreten und zu tun „was immer der Einzelne für nötig erachte“, um mit der Krisensituation zurechtzukommen.

Bundespolitik

Die ersten Reisen des Präsidenten in dieser „neuen Normalität“ führten ihn zu seinen Flaggschiff-Infrastrukturgroßprojekten: dem „Tren Maya“ und der Raffinerie „Dos Bocas“ im Südosten des Landes. Viele Mexikaner kritisieren, dass nach wie vor Geld in diese umstrittenen Projekte gepumpt wird, während es anderswo an finanzieller Unterstützung fehlt. Außerdem trat der Präsident selbst in einem Krankenhaus ohne Maske auf, was für Unverständnis sorgte. AMLO behauptet zwar, dass seine Zustimmungswerte in Umfragen so hoch seien wie nie, doch aktuell stimmen dem Präsidenten weniger als 50% der Bevölkerung zu.

Hinzu kommt, dass es zu Spannungen innerhalb der Regierungspartei MORENA kam. Nachdem der Parteipräsident, Ramírez Cuéllar, die Sparpolitik des Präsidenten kritisierte, reagierte dieser prompt und nannte sämtliche Politiker, inklusive die seiner Partei „mal acostumbrados“ (verwöhnt). Außerdem kulminierte der schwelende Konflikt zwischen dem Parteipräsidenten und der MORENA-Generalsekretärin, Yeidckol Polevnsky, darin, dass er diese wegen Korruption anzeigte. Gleich drei hochrangige politische Beamtinnen traten von ihren Ämtern zurück: Mónica Maccise, Leiterin der Antidiskriminierungsbehörde CONAPRED,

Asa Cristina Laurell, Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, und Mara Gómez, Leiter der Kommission zur Unterstützung von Opfern (Comisión Ejecutiva de Atención a Víctimas, CEAV). Als Gründe wurden Differenzen mit der Regierung und starke finanzielle Kürzungen in den jeweiligen Bereichen genannt.

Während es im Innern seiner Partei rumort, konzentrierte sich AMLO auf die Opposition. Am 9. Juni machte er die Existenz eines vermeintlichen Oppositionsbündnisses namens BOA (Bloque Opositor Amplio) publik, welches aus Parteien, Unternehmern, Gouverneuren, Ex-Präsidenten, Medienvertretern und Journalisten bestehen und zum Ziel haben soll, das Reformprojekt der aktuellen Regierung zu schwächen und im Jahr 2022 AMLO über ein Amtserneuerungsverfahren auszuhebeln. Daraufhin distanzieren sich die meisten der genannten Organisationen und Personen, gaben an nichts von dem Projekt zu wissen und äußerten Bedenken, dass es sich um ein taktisches Manöver des Präsidenten handle, um für die im Jahr 2021 anstehenden Wahlen die Reihen hinter sich und MORENA zu schließen. AMLO nutzte den Moment um weiter zu polarisieren: Entweder man sei Liberaler oder Konservativer und während erstere für Veränderungen im Land einstünden, wären letztere komplett dagegen.

Die Opposition hat dem bisher wenig Substantielles entgegensetzen. Es gelang zwar die Auflösung von staatlichen Treuhandfonds durch Anordnung des Präsidenten zu verhindern und die Abgeordneten und Senatoren prangern immer wieder die ad hoc-Finanzpolitik und Budgetumschichtungen der Regierung an. Allerdings merkte der mexikanische Zweig von Transparency International an, dass beide Kammern es bisher nicht geschafft haben, Sonderkommissionen einzurichten, um die Finanzströme während der Krise zu prüfen und gegebenenfalls die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen.

Mehrere Bundesstaaten passten ihre Wahlkalender für 2021 an die „Neue Normalität“ an. Die Wahlen sollen nun am 6. Juni stattfinden. Die Partido Acción Nacional (PAN) kündigte an, eine Allianz mit dem Movimiento Ciudadano (MC) und der Partido de la Revolución Democrática (PRD) einzugehen, um die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erhalten. MORENA möchte zum gleichen Zwecke mit der Partido Verde (PVEM) und der Partido del Trabajo (PT) zusammenarbeiten.

Länder und Kommunen

Da das Ampelsystem zur Wiederöffnung auf den realen aktuellen Gegebenheiten in den einzelnen Bundesstaaten basiert, gibt es nun wöchentliche Treffen zwischen der Innenministerin, den Gouverneuren der Bundesstaaten, dem Arbeitsminister und López-Gatell, um jeweils die nächsten Schritte und etwaige Öffnungen zu besprechen.

Darüber hinaus fordern die Gouverneure, allen voran die der PAN, mehr Respekt, klare Kriterien und finanzielle Ressourcen, um die Krise zu überwinden und die Wirtschaft wieder ankurbeln zu können. Die Gouverneure der Alianza Centro Bajío Occidente (ACBO) wiederum einigten sich auf einen konkreten 15-Punkte-Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft in der Region.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Re-Aktivierung setzen auch die Bundesstaaten auf das am 1. Juli 2020 in Kraft tretende T-MEC und hoffen auf neue Investitionen. Außerdem wurde in mehreren Bundesstaaten eine sukzessive Öffnung des Tourismus zugelassen.

Ein großer Teil der Krisenlast liegt bei den Städten und Gemeinden. Am stärksten betroffen sind Iztapalapa in Mexiko-Stadt und die Stadt Puebla, beide meldeten Ende Juni mehr als 6.000 Fälle. Auch fast alle im Mai angekündigten „Gemeinden der Hoffnung“ haben inzwischen Fälle verzeichnet, Wirtschaft und öffentliches Leben wurden wieder heruntergefahren. Besonders besorgniserregend ist jedoch die Situation in ländlichen

Gemeinden, wo viele Menschen in Armut leben und die Gesundheitsversorgung unzureichend ist, wodurch eine noch höhere Sterblichkeitsrate erwartet wird.

Rechtsstaat und Menschenrechte

Bei den Sparmaßnahmen, die die Regierung ergreift um die Krise zu überwinden, machte sie auch vor wichtigen Institutionen zu Schutz der Menschenrechte nicht Halt. Das Budget der CEAV wurde um 75% gekürzt. Es ist sehr bedenklich, dass der Präsident auch angekündigt hat, zu prüfen, ob Institutionen wie CONAPRED und CEAV überhaupt notwendig seien. Außerdem äußerte er sich zum Nationalen Wahlinstitut INE, das faire Wahlen in Mexiko sicherstellen soll. Das Institut sei teuer und garantiere keine transparenten, freien und fairen Wahlen, er hingegen sei der „Hüter der Wahlen“. Das INE reagierte scharf und bekam Rückhalt von den Senatoren der Opposition.

Wie der Oberste Gerichtshof verkündete auch die nationale Justizaufsicht (Consejo de la Judicatura Federal, CJF), dass auch alle weiteren Gerichte auf föderaler Ebene mindestens bis zum 15. Juli nicht persönlich tagen, sondern alle Vorgänge in Zukunft virtuell behandeln werden würden. Gleichzeitig wird die Sommerpause ausgesetzt, um die sich ansammelnden Fälle schrittweise abzuarbeiten.

In einer Veranstaltung des Senats wies die Hohe Kommissarin der Menschenrechte der VN, Michelle Bachelet, darauf hin, dass die sexualisierte Gewalt in Mexiko sprunghaft angestiegen sei. In einem Bericht des Senats wurde zudem festgestellt, dass es an Mechanismen zur Prävention und Sanktion von sexualisierter Gewalt fehlt. Der Präsident äußerte sich nicht zu diesen strukturellen Problemen, sondern meinte lediglich, der Feminismus wolle der Rolle der Frau in der traditionellen Familie ein Ende setzen.

Die Gewalt ist und bleibt ein ungelöstes Problem in Mexiko. Pro Tag wurden im Juni circa 80 Personen ermordet, es scheint ganz so, als würden die Kartelle der organisierten Kriminalität den Ausnahmezustand nutzen, um ihre Einzugsgebiete zu erweitern. Hinzu kommt, dass Versuche der Regierungen stärker durchzugreifen mit noch mehr Gewalt beantwortet werden: In Colima wurden ein von der nationalen Justizaufsicht entsandter Richter und seine Frau ermordet. Er hatte in der Vergangenheit bekannte Anführer von Drogenkartellen verurteilt. Nach der Festnahme von Familienmitgliedern von José Antonio Yépez Ortiz, alias El Marro, Anführer des Kartells Santa Rosa de Lima in Guanajuato wurden 24 Personen in einem Rehabilitationszentrum in Irapuato umgebracht. Nachdem der Sicherheitsminister von Mexiko-Stadt offen über die zunehmend in der Stadt operierenden Kartelle und ein notwendiges Vorgehen gegen diese sprach, wurde er am 26. Juni Ziel eines Anschlags von 35 stark bewaffneten Mitgliedern des Cartel Jalisco Nueva Generación, den er in seinem gepanzerten Fahrzeug jedoch knapp überlebte.

Wirtschaft

Die mexikanische Wirtschaft befindet sich weiter auf Talfahrt. Im April und Mai fiel die wirtschaftliche Aktivität um circa 18%. Insgesamt geht der Internationale Währungsfonds (IMF) von einem Wirtschaftsrückgang um 10,5% für das Jahr 2020 aus. Auch die Arbeitslosenzahlen steigen noch immer. Allein im Mai verloren 345.000 Personen ihren Job, Experten gehen davon aus, dass inzwischen über eine Million Mexikaner arbeitslos sind. Nach einer Umfrage des nationalen Statistikinstituts INEGI haben aktuell sogar 12 Millionen Arbeitnehmer kein Einkommen. Circa 20.000 Unternehmen mussten bereits endgültig schließen. Auch die zwei einzigen Regierungsprogramme mit einer Million Krediten für informelle und formale KMUs gehen noch immer sehr schleppend voran. Im ersten Programm wurden bisher nur ca. 60%, im zweiten sogar nur 20% der Kredite ausbezahlt. Es gibt keine weiteren fiskalen Stimuli, lediglich wurde der Leitzins auf 5% abgesenkt.

Die Ankündigung der Regierung, noch dieses Jahr zwei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, erscheint angesichts dieser genannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen realitätsfern. Die Infrastrukturgroßprojekte und auch andere Programme wie „Sembrando Vida“ sind Tropfen auf dem heißen Stein und stehen insgesamt in der Kritik.

Die Streitigkeiten zwischen Staat und Privatunternehmen im Energiesektor gehen weiter. Mit rechtlichen Schritten konnten die privaten Anbieter erneuerbarer Energien zwar durchsetzen, dass sie weiterhin in das Elektrizitätsnetz einspeisen dürfen, allerdings erhöhte die Elektrizitätskommission CFE kurz darauf den Preis für die Nutzung der Netzinfrastruktur um bis zu 800%. Dem zu Grunde liegt nach wie vor die Überzeugung der Regierung, dass die privaten Investoren einen „Schwarzmarkt“ betreiben, der den Staat mehr als 300 Millionen EUR kostet. In der Konsequenz kündigte die spanische Firma Iberdrola den Bau eines Thermokraftwerks und somit Investitionen von 40 Millionen EUR.

Mexiko rutschte von der Liste der 25 attraktivsten Investitionsstandorte von AT Kearney. Eine Entwicklung, die sich schon seit 2019 abzeichnete, und sich durch jüngste Regierungsentscheidungen weiter beschleunigte. Auch im weltweiten Ranking der Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich Mexiko von Platz 50 auf Platz 53 (von 63), der schlechteste Wert seit 1997.

Positiv zu verzeichnen ist, dass ab dem 1. Juni 2020 der Automobil- und Transportsektor, das Transportwesen, der Bergbau und der Bausektor als „essentiell“ deklariert wurden und ihre Arbeit wiederaufnehmen konnten. Hierzu gibt es Sicherheitskonzepte und Zertifizierungssysteme. Außerdem war das Inkrafttreten des T-MEC am 1. Juli 2020 ein zentrales Thema in der Wirtschaft. Anfang Juni mahnten Unternehmervverbände (CONCAMIN), dass entscheidende Sektoren nicht mit den neuen Regeln mithalten könnten. Im Laufe des Monats wurden aber immer mehr Hoffnungen auf das T-MEC gesetzt, es gab zahlreiche Abstimmungsrunden zwischen Unternehmern und Regierungsvertretern in Mexiko und USA. Der Präsident geht davon aus, dass durch die ausländischen Investitionen die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die massiven Vertrauensverluste nordamerikanischer Investoren wird jedoch auch ein Investitionsschub durch das T-MEC nicht auffangen können.

Internationale Beziehungen

Weiterhin werden medizinische Güter aus dem Ausland geliefert. Bis zum 30. Juni 2020 sind insgesamt 22 Flieger aus China gelandet, auch aus Nevada, USA kam bereits der siebte Flug mit benötigten Produkten, insbesondere Beatmungsgeräte, an. Das Außenministerium hat inzwischen eine Plattform, auf der die internationalen Hilfsleistungen eingesehen werden können.¹ Außerdem nimmt Mexiko an vier Forschungsprojekten für Impfstoffe teil.

Mexiko hat weiterhin die Präsidentschaft der CELAC inne und setzte hier das Thema „Bildung nach der Pandemie“ auf die Agenda. Außenminister Marcelo Ebrard nahm am Treffen des VN-Generalsekretärs zu dessen Roadmap für Digitalisierung teil und betonte, dass die Krise den Wandel hin zur digitalen Welt beschleunigen würde.

Um das Inkrafttreten des T-MEC am 1. Juli 2020 zu formalisieren, lud der US-Präsident Donald Trump, AMLO in die USA ein. Der Besuch soll am 8./9. Juli 2020 stattfinden und wäre die erste Auslandsreise des mexikanischen Präsidenten in dieser Funktion. Dennoch sind die Beziehungen zwischen Mexiko und den USA weiter durch Trumps Anschuldigungen gegen Mexiko belastet. So hatte er Anfang Juni noch behauptet, Reisende aus Mexiko würden zu einer zweiten Infektionswelle in den USA beitragen. Außerdem wurden die Reiseeinschränkungen auf dem Landweg bis in den Juli hinein verlängert und die Auflagen

¹ Secretaría de Relaciones Exteriores: <https://transparencia.sre.gob.mx/index.php/plataforma-donaciones-internacionales#equipos-de-proteccion>

für Arbeitsvisa, die es Mexikanern erlauben in den USA zu arbeiten, wurden noch einmal verschärft. Lediglich für Erntehelfer wurde eine Ausnahmeregelung gefunden. Es ist allerdings kaum zu erwarten, dass AMLO diese kritischen Themen während eines Besuches beim nördlichen Nachbarn ansprechen wird.

Da inzwischen das globale Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko vereinbart wurde, trafen sich Vertreter beider Parteien zu einem virtuellen Treffen des gemeinsamen Arbeitskomitees. Es wurden Antworten auf die Coronakrise besprochen und die neuen Schwerpunkte der EU-Kommission vorgestellt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko   kasmexiko

hans.blomeier@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)